



Post an ...

Mein lieber Peter Harry,

bist ja ein cooler Typ. Um dich herum brodeln es und du gehst ganz genüsslich auf Hochzeitsreise. Na ja, irgendwann müssen ja auch Taten folgen.

Ansonsten hast du sicherlich die Vorweihnachtszeit genossen. War bestimmt schön, den ehrwürdigen Armin Mueller-Stahl in einem tollen Festakt als Ehrenbürger des Landes zu ernennen. Der Mann hat sich schließlich in Schleswig-Holstein integriert. Hast ja ordentlich gestrahlt und dabei sicherlich nicht an die Kosten gedacht. Das kam dann wohl später – wie wir dann leidvoll erfahren mussten.

Dann ordentlich Kraft für die kommenden Tage beim Adventsgottesdienst in der „Stall-Kathedrale“ von Gut Schierensee getankt. 1 000 Besucher hinter sich, das macht Mut und der anschließende Glühwein erhellt die Visionen.

Dass dann gleich darauf die Blinden vor deinem Landtag gegen ihre Kürzungen protestierten, fand ich recht unsensibel. Die hätten schon ein wenig Rücksicht auf deine gute Stimmung nehmen können. Gott sei Dank konntest du dich dann in Heide bei der Einweihung der neuen Akademie für Retter davon überzeugen, dass hier im Lande allen schnell geholfen wird.

Vor allem bei der Erleichterung des Geldbeutels.

Der neue Sparhaushalt spricht da deutliche Worte. Toll ist die Erfindung mit der Küstenschutzabgabe. Warum seid ihr da so zaghaft? Abgaben dürfen sein – Steuern nicht. Also nehmt doch noch eine Sicherheitsabgabe von Eigentümern aller Art oder von Leuten, die nach 22.00 Uhr auf die

Straße gehen. Eine Stadionabgabe, Stadtfestabgabe und schon könnt ihr zum Beispiel die Polizei bezahlen.

Das wäre toll!

Dann die Wackelkandidaten. Was für eine Inszenierung!

Da soll es noch Abgeordnete mit Gewissen geben. Ja, ihr habt es euch nicht leicht gemacht und dein Kronprinz, Christian von Boetticher, konnte sich schon mal beweisen und die Leute wieder in die Spur bringen. Dass der Herr Kubicki dann noch mit dem Bruch gedroht hatte, war die Krönung. Dann wäre ja alles weg gewesen – da wackelt dann doch schon mal das Gewissen. Aber was schreib ich da? Das war natürlich Demokratie in Feinkultur!

Jedenfalls habt ihr uns mal wieder richtig abgezockt und dann in letzter Minute auch noch das Mitbestimmungsgesetz beschnitten. Das war euch ja schon immer ein Dorn im Auge – die Gelegenheit musstet ihr natürlich nutzen.

Wer soll bei einer solchen Politik eigentlich noch zur Wahl gehen?

Tscha, nun seid ihr stolz darauf, dass es euch gelungen ist, uns noch einmal richtig lang zu machen, und macht den anderen Bundesländern ordentlich Mut. Müsst ihr auch, wer soll denn hier sonst noch Landesdiener werden. Aber immerhin gibt es zum Dienstjubiläum noch eine Urkunde – auch da könnt ihr wirklich stolz drauf sein. Das setzt dem so richtig die Krone der Geschmacklosigkeit auf!

In einem Interview hast du gesagt:
„Ich bin Diener meines Landes.“

Was sind wir dann???

*Dein Landesdiener
Ernst Meißner*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 04 51/49 15 97
E-Mail: thomasnommensen@
aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. (04 31) 2 10 96 62
Fax (04 31) 5 19 22 21
Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
ISSN 0937-4841



Beförderungsaktion 2011

Wieder einmal mussten wir bis zum Ende zittern, ob die Politik das Strukturprogramm fortsetzt und bei der Polizei über das Maß hinaus befördert werden kann.

Ohne das Strukturprogramm wären Beförderungen nur durch Stellen, die durch Ruhe-

stand frei werden, möglich gewesen. Eben so genannte Kaminzüge.

Am 15. Dezember 2010 folgte dann der erlösende Kabinettsbeschluss.

Das waren zusätzliche 715 000 Euro. Für beide Folgejahre

kommen dann noch jeweils zwei Millionen Euro dazu. Es wird also bis 2013 auskömmliche Beförderungsmöglichkeiten geben.

Für den 1. Januar 2011 waren das insgesamt 633 Beförderungen. Schwerpunkte wurden gesetzt bei:

A 9+Z = 90, A 10 = 162 und zu A 11 mit 92 Beförderungen. Leichte Abweichungen in dem mir bekannten Zahlenwerk sind natürlich möglich.

Bei aller Freude sollte nicht vergessen werden, dass wir das selbst bezahlen, wie z. B. mit dem 1,4-prozentigen Eigenanteil an der Heilfürsorge.

Schon vergessen? ■

Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 vom 17. Dezember 2010

Reduzierung der Sitze. So viel zum vertrauensvollen Umgang der Politik mit ihren Beschäftigten.

Der Selbstbehalt der Beihilfe erhöht sich bei A 7 bis A 9 auf 120 Euro, A 10 bis A 11 auf 180 Euro und ab A 12 bis A 15 auf 240 Euro und ab A 16 auf 360 Euro.

Ernst Meißner

Wenn das Kabinett tagt, müssen die Beamten zittern!

Spannend haben sie es ja noch gemacht – obwohl doch schon alles klar war. So ein paar Abweichler ins Feld geschickt, schon keimte Hoffnung auf, dass die genannten Kürzungen doch noch nicht kommen. Dann noch eine kernige Drohung von Herrn Kubicki zur Koalitionsauflösung – ja Spannung bis zur letzten Minute. Dann kam es aber, wie es kommen musste. Es wurde gekürzt, gestrichen und noch einmal gekürzt und gestrichen. Natürlich mussten die Beamten erneut bluten und ganz besonders die Vollzugsbeamten.

Die Negativliste:

1. Die Jubiläumswendungen gestrichen – es wird aber noch auf wertlosem Papier geehrt.
2. Die Ausgleichszulage gestrichen – mal eben wieder über 4 000 Euro weg!
3. Die Lebensarbeitszeit bei den Vollzugsbeamten auf 62 Lebensjahre verlängert.

4. Der Selbstbehalt in der Beihilfe erhöht.
5. Im Mitbestimmungsgesetz wurde insbesondere bei den Personalratssitzen empfindlich gestrichen. In den großen Bereichen z. B. von elf auf sieben Sitze. da wird es schwierig die Bereiche Dienstarten und Sparten noch ausreichend abzubilden. Daneben werden bei Personalversammlungen, Pflichtgesprächen und Personalratsbeschlüssen deutliche Reduzierungen vorgenommen.

Als Gewerkschaft konnten wir lediglich erreichen, dass die Lebensarbeitszeit in der Stufung analog zu den normalen Beamten gestaffelt wurde und somit erst mit dem Jahrgang 1968 und nicht 1963 endet. Selbst eine Berücksichtigung von erschwerenden Diensten, wie z. B. Wechselschichtdienst, fand keine Berücksichtigung.

Die Ausgleichszulage wird erst ab 1. Januar 2013 und nicht 2012 gestrichen. Die Regierung nennt das „Vertrauensschutz“. Zum Mitbestimmungsgesetz konnte verhindert werden, dass

der Freistellungsschlüssel verringert wird. Als Kompensation kam dann völlig überraschend und ohne Vorwarnung und Möglichkeit der Anhörung die

Info				
Lebensarbeitszeiterhöhung:				
Geburtsjahr	Anhebung um Monate	Altersgrenze		
		Jahr	Monat	
1952	1	60	1	
1953	2	60	2	
1954	3	60	3	
1955	4	60	4	
1956	5	60	5	
1957	6	60	6	
1958	7	60	7	
1959	8	60	8	
1960	9	60	9	
1961	10	60	10	
1962	11	60	11	
1963	12	61	0	
1964	14	61	2	
1965	16	61	4	
1966	18	61	6	
1967	20	61	8	
1968	22	61	10	



Das fängt ja gut an

Kommentar von Torsten Gronau, Landesvorsitzender

„Das fängt ja gut an“, so mögen sich die über 600 Kolleginnen und Kollegen gedacht haben, die mit Wirkung zum 1. Januar 2011 befördert werden konnten. Allen beförderten Kolleginnen und Kollegen gratuliere ich im Namen der DPoG sehr herzlich. Mit einiger Erleichterung ist zur Kenntnis zu nehmen, dass inmitten ungezügelter Sparorgien im öffentlichen Dienst der Politik nicht entgangen ist, dass der Polizeiberuf attraktiv gehalten werden muss. Immerhin sind für zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in den nächsten

Jahren Millionenbeträge in den Haushalt eingestellt worden.

Zur Vollständigkeit gehört aber auch, dass diese Beförderungen von der Polizei an anderer Stelle erwirtschaftet werden. Was man uns in die rechte Tasche steckt, hat man vorher aus der linken Tasche genommen. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Streichung der Jubiläumszuwendung und der Wegfall der Ausgleichszahlung schlagen mit millionenschweren Einsparungen zu Buche.

Insofern besteht für überschwängliche Dankbarkeit kein Grund.

Machen wir uns nichts vor. Nach wie vor ist Schleswig-Holstein im Ranking der westdeutschen Bundesländer auf einem Abstiegsplatz, wenn es um die Perspektiven in der Polizei geht. Von einer amtsangemessenen Besoldung ist man nur noch in einigen Regionen Ostdeutschlands genau so weit entfernt wie im hohen Norden. Die Zeiten, in denen die Leute wegen der guten Luft in Schleswig-Holstein in die Polizei eintreten, werden sehr bald vorbei sein. Im Rennen um die qualifiziertesten Bewerber könnte eine Landespo-

lizei mit ausgesprochen mageren Karrierechancen und der Last, einen maroden Landeshaushalt mit stetigen Sonderopfern sanieren zu sollen, schnell den Anschluss verlieren. Der Hinweis, dass in den aktuellen Bewerberrunden die Situation noch hinreichend ist, hilft nicht weiter. Gibt es erst strukturelle Bewerberdefizite, ist es zu spät, einen Notfallplan aufzustellen.

Es ist an der Zeit, ein Zukunftspaket für die Polizei zu schnüren. Ein planbares Laufbahnverlaufmodell mit rechtssicherer Leistungskomponente ist unabdingbar. Ein Blick über die Ländergrenzen nach Hamburg oder zur Bundespolizei, wo derartiges gerade in der Mache ist, führt auf den richtigen Weg. ■

Dringender Aufruf

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, an dieser Stelle möchte ich Euch dazu aufrufen, aktiv an den aktuell stattfindenden Tarifverhandlungen 2011 mitzuwirken.

Arbeitnehmer und Beamte dürfen sich nicht auseinanderdividieren lassen. Ich begrüße auch, dass sich der dbb und der DGB in dieser zentralen Frage wiederum auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt haben. Die Frage einer Teilhabe an der allgemeinen Lohnentwicklung ist und darf keine Frage einer bestimmten gewerkschaftlichen Zugehörigkeit sein.

Die diesjährige Forderung beträgt monetär 50 Euro im Monat mehr als Sockelbetrag für jeden plus drei Prozent Erhöhung linear.

Der Tarifabschluss betrifft 800 000 Arbeitnehmer bundes-

weit. Im Februar und März sind drei Verhandlungsrunden angesetzt. Eine Schlichtung ist nicht vereinbart. Insofern stehen die Zeichen auf Abschluss oder Arbeitskampf.

Die Gewerkschaften haben ihren Beitrag geleistet, indem sie mit einer vergleichsweise moderaten Forderung in die Tarifverhandlungen gehen.

Die Arbeitgeber sollten nun ebenfalls ihre Verantwortung ernst nehmen und auf Spielchen verzichten. Öffentliche Forderungen nach Nullrunden sind kontraproduktiv und passen nicht in die Landschaft. Immerhin ist die deutsche Wirtschaft die Lokomotive in Europa. Die Steuereinnahmen sprudeln, die Arbeitslosenzahlen sinken und der Rückstand des öffentlichen Dienstes in der Gehaltsentwicklung ist unbestrit-



Landesvorsitzender Torsten Gronau ruft zu Kampfbereitschaft bei Tarifverhandlungen auf.

ten. Ebenfalls nicht wegzudiskutieren ist die Arbeitsverdichtung in allen Bereichen. Seit 1993 sind über zehn Prozent der Stellen bundesweit weggefallen, die Arbeit wurde aber eher mehr als weniger.

► Wie geht es weiter?

Die Hoffnungen liegen auf den Verhandlungsführern. Drei Verhandlungsrunden sind terminiert.

Allerdings ist nicht abzusehen, ob die Arbeitgeber an einer zügigen Lösung am Verhandlungstisch interessiert sind.

Wir, die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, werden jedenfalls dokumentieren, dass wir unsere berechtigten Interessen durchsetzen werden. Ich fordere deshalb alle Kolleginnen und Kollegen auf, an den bereits vorgeplanten gewerkschaftlichen Aktionen teilzunehmen und für ein gutes Tarifergebnis 2011 mitzukämpfen.

Wesentlicher Aspekt wird die Forderung nach einer zeit- und inhalts gleichen Übernahme für den Beamtenbereich sein.

Torsten Gronau,
Landesvorsitzender



Thomas Nommensen

Der „neue“ Redakteur stellt sich vor

schriftleiter und damit auch verantwortlicher Redakteur für den Landesteil Schleswig-Holstein des „Polizeispiegel“.

Ich möchte mich hier kurz vorstellen.

Ich bin 43 Jahre alt, seit 1984 bei der Landespolizei und nunmehr über 20 Jahre bei der PD/zuvor PI Lübeck tätig. Nach einem knappen Jahrzehnt beim 2. Polizeiviertel Lübeck versee ich seit geraumer Zeit meinen Dienst

beim Zivilen Streifenkommando in Lübeck.

Ich bin überzeugt davon, dass berufliche Interessenvertretung auch und gerade im Polizeibereich notwendig und sinnvoll ist. Dies gilt in meinen Augen umso mehr in Zeiten leerer öffentlicher Kassen und schwindendem politischem Rückhalt sowie kaum noch vorhandener Verlässlichkeit von Aussagen verantwortlicher Politiker.

Ebenso bin ich auch aufgrund eigener Erfahrungen von der Sinnhaftigkeit der Pluralität gewerkschaftlicher Interessenvertretung innerhalb der Polizei überzeugt. Für Fragen und Anregungen sowie Leserbriefe zum Landesteil des „Polizeispiegels“ bin ich jederzeit dankbar. Erreichbar bin ich unter der Anschrift der Landesgeschäftsstelle sowie meiner im Impressum genannten Mailadresse.

Thomas Nommensen

Kreisverband Lübeck/Ostholstein

Oskar

Polizeimeister Oskar ist der vorzeitige Personalersatz für die Polizeidirektion Lübeck. Der Prototyp eines anspruchslosen und unverwüstlichen Schutzmanns hat seinen Dienst in

der Lübecker Innenstadt aufgenommen. Er ist der Traum eines jeden Dienstherrn. Oskar widerspricht nicht, benötigt kein Gehalt und Urlaub und wird niemals krank. Ein Paradebeamter! So ließe sich doch das Personalkürzungsprogramm der Landes-

regierung in der Polizei umsetzen. Frei werdende Stellen werden durch die Anschaffung von Blechpolizisten ersetzt. Die Präsenz ist gewährleistet und der Staat spart. Angeblich wird derzeit an der serienmäßigen Herstellung von Blechpolitikern gearbeitet.

Torsten Gronau



Nachruf: Kurz vor Redaktionsschluss wurde nunmehr bekannt, dass Oskar verschwunden ist. Waren es die unwürdigen Arbeitsbedingungen, die ihn zur Flucht trieben? Wahrscheinlich werden wir es nie erfahren. Wir wünschen Oskar ein angenehmes Berufsleben in einem Partykeller. Immer noch besser, als für lau in der Kälte zu stehen.

Task Force Jugendkriminalität

Die Landesregierung hat beschlossen, angesichts der Entwicklung bei der Jugendkriminalität eine so genannte „Jugend-Taskforce“ aufzustellen. In diesem Zusammenhang fand im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages eine Expertenanhörung statt.

Hier machte der Landesvorsitzende Torsten Gronau die Positionen der DPolG deutlich:

➤ Staatliche Intervention so früh wie möglich, schon im Kindergarten. Wenn die Poli-

zei ins Spiel kommt ist es meist schon zu spät.

- Schulung der Erziehungs- und Lehrkräfte beim Erkennen von Auffälligkeiten und dem professionellen Umgang mit Verdachtsmomenten.
- Standardisierte und verbindliche Meldewege bei Auffälligkeiten für Kindergärten und Schulen
- Intensivierung der Prävention an Schulen. Die Akzeptanz bekannter Projekte an den Schulen ist sehr unterschiedlich.

- verbesserte behördenübergreifende Kommunikation (Jugendamt, Polizei, Jugendgerichtshilfe u. a.)
- Abbau datenschutzrechtlicher Hürden
- verbesserte Personal- und Sachausstattung
- Intensivierung vorrangiger Jugendverfahren

Auf die Frage nach der Notwendigkeit geschlossener Heime machte Gronau kein Geheimnis daraus, dass die DPolG diese als letzten Ausweg befürwortet. Es

gäbe nun einmal Kinder und Jugendliche, die mit den herkömmlichen Methoden nicht mehr greifbar sind. Wenn diese sogleich eine erhebliche Gefährdung für die Öffentlichkeit darstellen, weil von ihnen Straftaten von erheblicher Bedeutung zu erwarten sind, könne der Staat nicht tatenlos zusehen. Eine Intensivbetreuung mit vorübergehender geschlossener Unterbringung könne ein letzter Ausweg für den Jugendlichen sein, aber diene auch dem Schutz der Allgemeinheit. Diese Heime müssten modernsten Anforderungen zur erzieherischen Intervention entsprechen. ■